

**Hochrangiges Treffen einiger Länder der EU und der OECD
zum Thema Transparenz und Auskunftsaustausch**

Paris – 21. Oktober 2008

Zusammenfassung der Schlussfolgerungen

1. Auf Initiative von Eric Woerth, Frankreichs Minister für Haushalt, öffentliche Finanzen und den öffentlichen Dienst sowie Peer Steinbrück, Deutschlands Finanzminister, trafen am 21. Oktober 2008 17 Länder zusammen, um Handlungsmöglichkeiten gegen Offshore-Finanzplätze, die deren Steuergesetzgebungen nicht einhalten, zu diskutieren.
2. Die an dieser Konferenz teilnehmenden Länder vermerkten, dass von den Skandalen in der letzten Zeit in Europa und anderswo nunmehr über 40 Länder weltweit betroffen sind und unterstrichen dabei die Auswirkungen von Steuerparadiesen sowie Hoheitsgebieten, die das Bankgeheimnis praktizieren, auf ihre Volkswirtschaften. Sie unterstrichen dabei ebenfalls, dass die sich in Länder und Gebieten mit einem undurchsichtigen Umfeld befindenden Anleger die aktuelle Finanzkrise verschärft haben und der im Zuge dieser Krise entstandene öffentliche Finanzierungsbedarf den Kampf gegen den Verlust von Steuereinnahmen wichtiger macht, als je zuvor.
3. Fehlende Transparenz und mangelnder Auskunftsaustausch fördern die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung und Steuerflucht. So können Anlageentscheidungen durchaus mit dem Ziel der Umgehung der Zahlung von Steuern getroffen werden, statt in der Absicht, eine optimale wirtschaftliche Effizienz zu erreichen. Diese Situation führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Darüber hinaus bewirken die durch einige wenige Akteure betriebene Steuerhinterziehung und Steuerflucht eine Reduzierung der für die Finanzierung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen verfügbaren Steuereinnahmen oder auch eine Erhöhung der Steuerlast ehrlicher Steuerzahler. Ferner ist dieses Thema nicht nur für die Industrieländer von Bedeutung, denn es höhlt auch die Kapazitäten der Entwicklungsländer zur Stärkung ihrer öffentlichen Haushalte sowie zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften aus.
4. Die Arbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Thema der Transparenz und des Informationsaustausches ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Zwar haben sich zahlreiche als Steuerparadiese identifizierte Länder und Gebiete zu den Grundsätzen der Transparenz und eines effektiven Auskunftsaustausches verpflichtet, doch geht die Umsetzung dieser internationalen Standards durch die Unterzeichnung von Abkommen zum Auskunftsaustausch in Bezug auf Steuerangelegenheiten nur langsam von statten.
5. Um als Steuerparadiese identifizierte Länder und Gebiete entsprechend fair behandeln zu können, hat die OECD ihre Anforderungen in Bezug auf die Transparenz und den Informationsaustausch durch Änderung des Artikels 26 ihres Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung ausgeweitet. Indessen haben einige OECD-Mitgliedsländer sowie einige andere nennenswerte Finanzplätze diese Änderungen noch nicht in ihren jeweiligen bilateralen Abkommen umgesetzt.
6. Aus diesem Grund vereinbarten die Teilnehmerländer am heutigen Tag die Befürwortung von Maßnahmen gegen Hoheitsgebiete, deren gesetzliche und administrative Rahmen Steuerhinterziehung und Steuerflucht erleichtern.
7. In Anbetracht des Vorstehenden:
8. Zeigen sich die Teilnehmerländer **ÄUSSERST BESORGT** darüber, dass der globale Fortschritt bei der Umsetzung der aktuellen internationalen Grundsätze der Transparenz und des Auskunftsaustausches bisher langsam verlief.

9. Sie ERKENNEN die Anstrengungen HOCH AN, die von einigen Hoheitsgebieten gemacht wurden, die für ihre Finanzzentren neue Vorschriften aufgestellt und die Vereinbarungen über den effektiven Auskunfts-austausch in Steuerfragen unterzeichnet haben, welche als effiziente Instrumente für die Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung und Steuerflucht angesehen werden.
10. Sie FORDERN alle Hoheitsgebiete, die sich bisher noch nicht den OECD-Standards verpflichtet haben, darunter nennenswerte Finanzzentren, DRINGEND AUF, diese nunmehr umzusetzen.
11. Sie BESTEHEN darauf, dass alle Hoheitsgebiete, die ungeachtet ihrer entsprechenden Verpflichtung die OECD-Standards bisher noch nicht umgesetzt haben, diese nunmehr umsetzen.
12. Sie BEFÜRWORTEN grundsätzlich eine konzertierte Antwort, die durch die entsprechende Verabschiedung von für jedes einzelne Land geeigneten Maßnahmen sowie durch Koordination einiger ihrer Maßnahmen der Steuerhinterziehung und Steuerflucht entgegenwirken soll. In diesem Sinne erklären die Teilnehmerländer insbesondere ihre Bereitschaft, sich stets bei der Unterzeichnung neuer Doppelbesteuerungsabkommen auf die letzte Fassung des Artikels 26 des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung zu berufen sowie zu erwägen, zu gegebener Zeit einige ihrer bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen zu kündigen, falls deren entsprechende Abänderung nicht möglich sein sollte.
13. Sie FORDERN zur Fortsetzung der derzeitigen Verhandlungen über die Verbesserung der EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen einschliesslich der Ausweitung ihres geographischen Anwendungsbereichs auf und UNTERSTREICHEN, dass die Beibehaltung des von einigen Staaten angewandten Quellensteuer-Übergangsmechanismus überdacht werden sollte.
14. Sie FORDERN Hilfsorganisationen AUF, den Grundsätzen der Steuertransparenz sowie des effektiven Auskunfts-austausches bei der Aufstellung ihrer Hilfsprogramme besondere Rechnung zu tragen.
15. Sie BITTEN die OECD um Ausarbeitung einer Methodologie, die eine deutliche Unterscheidung zwischen den Ländern und Gebieten ermöglicht, die die OECD-Standards zum Auskunfts-austausch umgesetzt haben und den Ländern und Gebieten, die dies nicht gemacht haben. Sie erwarten die Vorlage der entsprechenden Schlussfolgerungen für das Jahr 2009. Schließlich BITTEN die Teilnehmerländer die OECD desgleichen darum, dass diese von Staaten, die den Antrag auf Aufnahme in die Organisation stellen, vor jeglicher Mitgliedschaft fordern sollte, die OECD-Grundsätze zu Transparenz und Auskunfts-austausch umzusetzen.
16. Die Teilnehmerländer SEHEN dieses Treffen als eine politische Unterstützung für einen erfolgreichen Abschluss der sowohl von der OECD als auch der Europäischen Union eingeleiteten Initiativen. Sie werden sich erneut zu einem Gipfel in Berlin vor der Sommerpause 2009 zusammenfinden, um die erreichten Fortschritte zu PRÜFEN und Ländern weitere Unterstützung zu BIETEN, damit diese ihre Besteuerungsgrundlage gegen Hoheitsgebiete schützen können, die die OECD-Standards zur Transparenz und dem Auskunfts-austausch nicht einhalten.